



Geschäftsbericht 2001

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort

2. Allgemeines

3. Bilanz zum 31.12.2001

4. Anhang zur Bilanz

5. Lagebericht



Vorwort

Die Klärung der Mitgliederakten hat im Kalenderjahr 2001 weitere Fortschritte gemacht. Ein eingespieltes Aktenprüfungsteam wird voraussichtlich bis Ende 2003 die Mitgliederhistorien geprüft haben, so daß auch in diesem Bereich die notwendige Datensicherheit abschließend gewährleistet werden kann.

Die Vermögensentwicklung im Jahre 2001 war im wesentlichen von einer weiter anhaltend schlechten Kapitalmarktentwicklung geprägt.

Zusätzlicher Rückstellungsbedarf für die Längerlebigkeit, Korrekturen fehlerhafter Anwartschafts- und Rentenberechnungen sowie Kursverluste auf Grund negativer Wirtschaftsentwicklung erforderten die von der Delegiertenversammlung beschlossene Senkung unserer Anwartschaften um 16 %. Die breite Unterstützung für diesen Beschluß zeigt das Verständnis für die Notwendigkeit dieser Lösung, denn es geht um die Sicherung der Leistungsfähigkeit unseres Versorgungswerkes.

Es wird weiter die Aufgabe sein, unser Versorgungswerk zu konsolidieren und das Fundament weiter zu festigen.

Albert Essink
Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

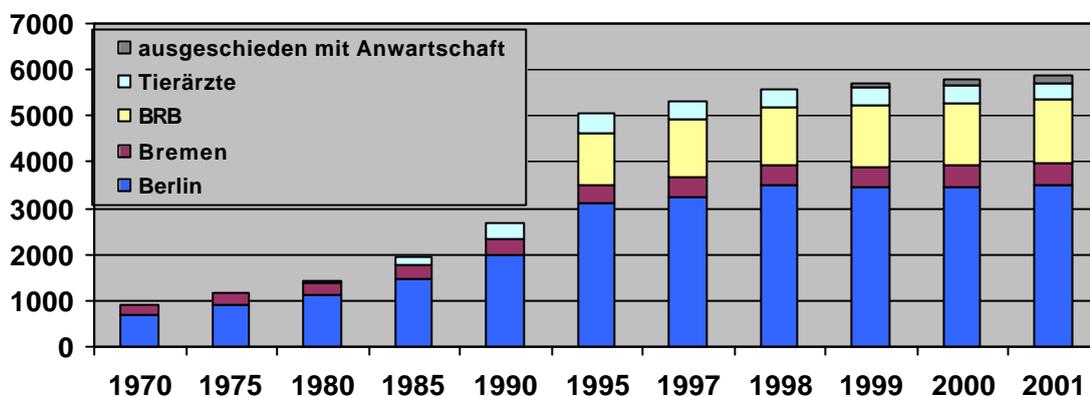
Rolf Janowski
stellv. Vorsitzender
Verwaltungsausschuß

2. Allgemeines

Mitgliederentwicklungen

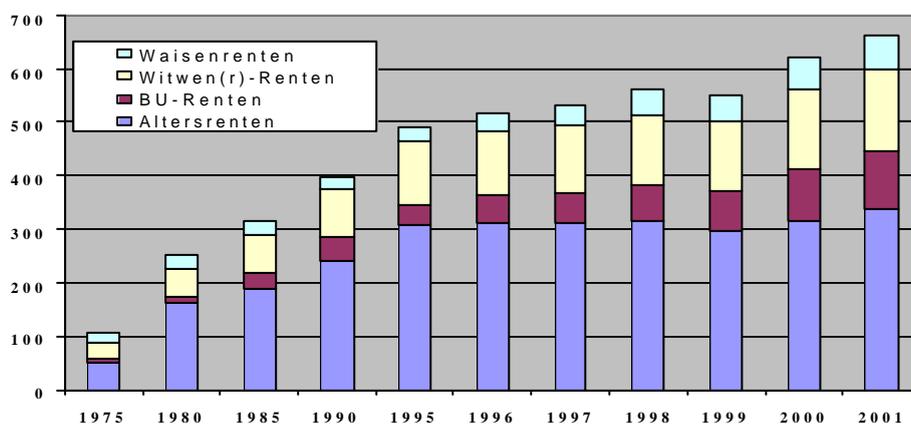
Aktive Mitglieder

Die Anzahl der aktiven Mitglieder hat sich erwartungsgemäß positiv entwickelt. Die weitere Zunahme des Mitgliederbestandes in Berlin und Brandenburg resultiert daraus, daß den älteren Kollegen im Ostteil Berlins und in Brandenburg, die bei der Wiedervereinigung nicht mehr in das Versorgungswerk eintraten, jetzt jüngere Kollegen in den Praxen nachfolgen.



Rentenempfänger

Die Zunahme der Rentenempfänger entspricht dem versicherungsmathematisch kalkulierten Ansatz. Die in den letzten zwei Jahren zunehmende Zahl an Berufsunfähigkeitsanträgen entspricht dem Risikoprofil des Mitgliederbestandes unter Berücksichtigung des langsam steigenden Durchschnittsalters der Mitglieder.

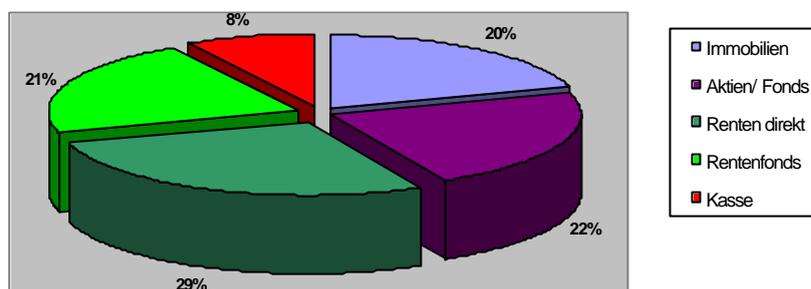


Vermögensanlagen

Neben festverzinslichen Wertpapieren im Direktbestand ist das Versorgungswerk wie bisher auch in Spezialfonds in den Segmenten Aktien und festverzinsliche Wertpapiere unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben investiert.

Wegen erheblichen Sanierungsbedarfes wurde aus dem Immobilienbestand ein Objekt veräußert. Vier neue Objekte in Berlin und Bremen sowie eine Grundstückserweiterung bei einem Berliner Objekt wurden erworben.

Vermögensverteilung Dezember 2001



Neuerwerb des VZB in 2001



Objekt Lietzenburger Str. 85, Berlin

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2001
DES VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

AKTIVA

PASSIVA

	DM	Vorjahr TDM		DM	Vorjahr TDM
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			A. ÜBERSCHUSSRÜCKSTELLUNG	0,00	188.793
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	556.036,00	208	B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN		
B. KAPITALANLAGEN			I. Deckungsrückstellung lt. versicherungsmathematischer		
I. Grundstücke und Bauten			Berechnung zum 31. Dezember 2001	1.114.001.103,38	1.062.640
einschließlich Anlagen im Bau			abzüglich Abstockungsbetrag	0,00	-140.000
1. Grundstücke	49.053.800,59	28.330	II. Rückstellung für Leistungsverbesserung	0,00	3.992
2. Gebäude	165.191.344,00	101.439			
3. Außenanlagen	38.489,00	20			
4. Anlagen im Bau	9.156.827,18	27.934			
	223.440.460,77	157.723	C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN		
II. Sonstige Kapitalanlagen			I. Rückstellungen für Pensionen und		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht			ähnliche Verpflichtungen	271.911,00	256
festverzinsliche Wertpapiere	478.462.956,20	459.499	II. Sonstige Rückstellungen	456.027,04	1.676
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere					
festverzinsliche Wertpapiere	35.479.888,00	38.095			
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	100.722.738,06	115.625	D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN		
b) Schuldscheinforderungen	169.734.900,00	264.569	I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen		
4. Einlagen bei Kreditinstituten	82.000.000,00	55.000	Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	3.175.776,58	6.731
	866.400.482,26	932.788	II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.997.379,84	2.456
	1.089.840.943,03	1.090.511	III. Sonstige Verbindlichkeiten	9.908.913,96	4.014
C. FORDERUNGEN					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen				15.082.070,38	13.201
Versicherungsgeschäft an Mitglieder	3.294.677,89	3.797			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE					
I. Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	396.822,93	335			
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten,					
Kassenbestand					
1. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten	10.963.320,23	17.701			
2. Kassenbestand	3.874,40	1			
	10.967.194,63	17.702			
III. Andere Vermögensgegenstände					
1. Zins- und Mietforderungen	4.906.634,65	2.318			
2. Sonstige	9.817.948,58	4.972			
	14.724.583,23	7.290			
	26.088.600,79	25.327			
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
1. Abgegrenzte Zinsen (noch nicht fällig)	10.024.313,09	10.678			
2. Sonstige	6.541,00	37			
	10.030.854,09	10.715			
	1.129.811.111,80	1.130.558			
	1.129.811.111,80	1.130.558			

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2001 bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht (Darstellung der Lage gemäß § 289 HGB, § 57 RechVersV und § 55 VAG) nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 238-335 HGB) und den ergänzenden Regelungen in der Satzung und des Berliner Kammergesetzes liegen in der Verantwortung des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versorgungswerkes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem und die Ablauforganisation des Versorgungswerkes weisen noch Mängel auf. In einzelnen Fällen sind noch Kontrollmechanismen einzurichten, um z.B. zu gewährleisten, dass eine zeitnahe Bearbeitung der Geschäftsvorfälle der Nebenbuchhaltungen in der Finanzbuchhaltung gewährleistet wird. Ein Reporting und Überwachungssystem ist noch einzurichten.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Verwaltungsausschusses sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung aufgrund der sehr umfangreichen Prüfungshandlungen eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkungen zu keinen Einwendungen geführt:

Mögliche Auswirkungen aus den derzeit laufenden staatsanwaltlichen Untersuchungen sind im Jahresabschluss nicht berücksichtigt, da keine Auskünfte über das laufende Verfahren zu erhalten sind.

Das Geschäftsjahr 2001 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 188 Mio DM ab, der durch eine Entnahme aus der Überschussrückstellung abgedeckt wird. Entsprechend der versicherungsmathematischen Berechnung ist eine Deckungslücke von DM 158 Mio in der Deckungsrückstellung zu vermerken. Die Deckungslücke wird zum 1. Januar 2003 beseitigt werden, sofern die von der Delegiertenversammlung am 20. Juni 2002 beschlossene Satzungsänderung (Kürzung der Anwartschaften und Leistungen) durch die Aufsichtsbehörde genehmigt wird.

Mit diesen Einschränkungen vermittelt nach unserer Überzeugung der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Versorgungswerkes und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 20. September 2002

BANSBACH SCHÜBEL BRÖSZTL & PARTNER GMBH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

(Frank)
Wirtschaftsprüfer

(Auxel)
Wirtschaftsprüferin

**ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2001
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN**

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit dem historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über eine Nutzungsdauer von 3 und 5 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Immobilien sowie Wertpapiere.

Im Berichtsjahr wurden für einzelne Immobilien des „Borsighausareals“ Ertragswertprognosen vorgenommen. Für die Gebäude wurde der lt. Bewertung ermittelte Verkehrswert zugrunde gelegt. Sofern dieser niedriger war als der Buchwert zum 31. Dezember 2001 war für diese Immobilien, die sich noch im Bau befinden, eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB vorzunehmen. Bei der Bemessung der Abschreibung wurde berücksichtigt, dass in 2002 weitere Anschaffungskosten entstehen.

Die planmäßigen Abschreibungen für die Gebäude wurden zum 1. Januar 2000 neu bemessen. Grundlage dafür bildete die in den Verkehrswertgutachten festgelegten Restnutzungsdauern von 30 bis 50 Jahren. Für die Altgebäude des „Borsighausareals“ wurden die Abschreibungen zum Abschreibungsbeginn (1998) nachgeholt.

In Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen waren bei einer Immobilie in Höhe von TDM 48 wieder gutzuschreiben, da die Anschaffungskosten korrigiert wurden.

Abgänge wurden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die sonstigen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 3 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip mit dem Kurswert zum 31. Dezember 2001 bewertet. Wegen gesunkener Kurswerte waren im Berichtsjahr Abschreibungen auf den niedrigeren Wert vorzunehmen.

Die Bewertung der Schuldscheindarlehen erfolgt mit den Nennwerten. Für den den Nennwert übersteigenden Betrag der Anschaffungskosten wurde ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der über die Laufzeit der Schuldscheindarlehen aufgelöst wird.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341c HGB mit dem Nennbetrag bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen. Der Forderungsbestand zum 31. Dezember 2001 konnte nur näherungsweise ermittelt und bilanziert werden, da die Beitragsjahre 1999 und 2000 nach erfolgter Systemumstellung der Mitgliederverwaltung weiter aufgearbeitet und eventuell angepasst werden. Des Weiteren dauert die Fehlerbereinigung der veranlagten Beiträge noch an.

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Ausfallrisiken wurde teilweise durch die Bildung einer Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres werden mit dem vollen Jahresbetrag, Zugänge in der zweiten Geschäftsjahreshälfte mit dem halben Jahresbetrag abgeschrieben.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Für das Berichtsjahr wurde für den laut Satzung zulässigen 3-Jahreszeitraum ein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Gemäß dem Gutachten reicht die Überschussrückstellung zum 31. Dezember 2001 nicht zur vollständigen Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellung aus. Die Deckungsrückstellung weist eine Deckungslücke in Höhe von 154 Mio DM aus.

Die Delegiertenversammlung hat am 20. Juni 2002 die Änderung der Satzung mit Wirkung zum 1. Januar 2003 beschlossen, die eine Kürzung der Anwartschaften und Leistungen - unter Beachtung einer Übergangsregelung für vorzeitige Versorgungsfälle und einer Besitzstandsregelung für alle Renten und Anwartschaften, die am 1. Januar 2003 das 62. Lebensjahr vollendet haben - um 16% vorsieht. Die Satzungsänderung steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Kürzung der Anwartschaften und Leistungen können die versicherungstechnischen Rückstellungen zum 1. Januar 2003 ausreichend dotiert werden.

Die Deckungslücke, ohne Kürzung von Anwartschaften und Leistungen, die 154 Mio. DM beträgt, beinhaltet u.a. die Umstellung der Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung auf die „Richttafeln für berufsständische Versorgungswerke“ der Dr. Heubeck Richttafel GmbH 1997 von den „Allgemeinen Sterbetafeln für die BRD 1970/1972“.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Nahezu alle zum Abschlussstichtag entstandenen und bis zum Tag der Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken sind berücksichtigt.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhaltet den Anspruch auf Altersvorsorge des ausgeschiedenen Geschäftsführers. Die Bildung erfolgte anhand einer Schätzung. Ein Pensionsgutachten hat nicht vorgelegen.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 24 der Satzung sowie entsprechend den Vorschriften des VAG (in der Fassung vom 17. Dezember 1992; mit letzter Änderung vom 22. Dezember 1999) und RechVersV gegliedert.

2. Angabe der Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Grundlagen für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurden wie folgt geändert:

Für noch eventuell vorhandene Bestandsmängel, die bei der Überprüfung und Bereinigung der technischen Bestände nicht entdeckt und korrigiert wurden, wurde in Höhe von 1% des Anwartschaftsbarwertes eine Pauschale zusätzlich in der Deckungsrückstellung reserviert. Die Verwaltungskostenpauschale wurde auf 3% angehoben. In den Vorjahren wurden die Verwaltungskosten mit 1,5% der Beiträge und 2% der Renten berechnet.

In Abweichung zum Vorjahr wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung die Zuführung zur Überschussrückstellung bzw. Entnahme aus der Überschussrückstellung als Ergebnisverwendung dargestellt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Grundstücke und Bauten

Im Berichtsjahr wurde für einzelne Gebäude des Borsighausareals, die in 2001 und 2002 fertiggestellt werden, eine Ertragswertberechnung vorgenommen. Anhand dieser Bewertung wurden die Gebäude mit dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 2 HGB angesetzt. D.h. für Objekte, bei denen der Ertragswert lt. Gutachten niedriger war als der Buchwert wurde eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Insgesamt waren außerplanmäßige Abschreibungen auf Gebäude in Höhe von TDM 824 (Vj. TDM 4.163) vorzunehmen.

Die erworbenen „Altgebäude“ die bisher unter Anlagen im Bau ausgewiesen wurden, waren unter „Grundstücke und Bauten“ zu bilanzieren. Die Abschreibungen der Vorjahre wurden in 2001 nachgeholt.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über eine Nutzungsdauer zwischen 30 und 50 Jahren.

Das Versorgungswerk nutzt eigene Räumlichkeiten in der Stallstraße für seinen Geschäftsbetrieb. Der Buchwert des Grund und Bodens beträgt zum Bilanzstichtag TDM 144, der Buchwert des Gebäudes TDM 3.263.

Die Anzeige gemäß § 54 Abs. 2a VAG über die im Berichtsjahr erworbenen Grundstücke an die Aufsichtsbehörde ist erfolgt.

b) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften des VAG. Die Schuldscheindarlehen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Wertpapierspezialfonds, Inhaber- und Namensschuldverschreibungen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt.

Im Berichtsjahr waren wegen gesunkener Kurswerte Abschreibungen in Höhe von TDM 95.116 (Vj. TDM 12.832) vorzunehmen.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften des § 54a Abs. 2 VAG hinsichtlich der Anlageformen beachtet.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer waren wegen der bei der Prüfung der Beitragsveranlagung festgestellten Fehler und der Vorläufigkeit der Sollstellung für die Beiträge bis zur endgültigen Veranlagung sowie für sich im Amtshilfeverfahren befindliche Forderungen und Forderungen aus Vorjahren Wertberichtigungen in Höhe von TDM 1.000 (Vj. TDM 400) vorzunehmen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer wurden näherungsweise ermittelt und stehen im Zusammenhang mit den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern.

Die auf Mietforderungen der Vorjahre gebildete Wertberichtigungen in Höhe von TDM 405 war im Berichtsjahr um TDM 252 zu erhöhen, um einem eventuellen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen.

3. Rechnungsabgrenzungsposten

Für beim Erwerb von Schuldscheindarlehen gezahlte Agiobeträge ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, der planmäßig über die Laufzeit der Darlehen aufzulösen ist.

4. Überschussrückstellung

Das Berichtsjahr schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von DM 188.793.257,13 ab, der gemäß § 24 Abs. 4 der Satzung der Überschussrückstellung entnommen wurde.

5. Versicherungstechnische Rückstellungen

Der Deckungsrückstellung wurden 191 Mio DM zugeführt. Aufgrund des versicherungsmathematischen Gutachtens weist die Deckungsrückstellung trotz dieser Zuführung eine Deckungslücke von 154 Mio DM aus.

6. Andere Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Rückstellungen für zu erwartende Rentennachzahlungen von TDM 120 (Vj. TDM 1.000), die ihre Ursache in den Änderungen aufgrund der Prüfung der Rentenberechnungen hat.

Des Weiteren sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Jahresabschluss, Versicherungsmathematiker und Prozesskostenrisiko enthalten.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zu 31. Dezember 2001

Verbindlichkeiten	Gesamt	davon Restlaufzeiten			davon gesichert
	DM	unter 1 Jahr DM	1 - 5 Jahre DM	über 5 Jahre DM	DM
1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmer	3.175.776,58	3.175.776,58	0,00	0,00	0,00
Vorjahr	6.730.934,82	6.730.934,82	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.997.379,84	56.305,42	173.172,92	1.767.901,50	1.991.324,96
Vorjahr	2.456.024,43	477.994,14	162.707,29	1.815.322,99	2.216.023,92
3. Sonstige Verbindlichkeiten	9.908.913,96	9.906.913,96	0,00	0,00	2.849.516,59
Vorjahr	4.013.536,85	4.013.536,85	0,00	0,00	0,00
	15.082.070,38	13.138.995,96	173.172,92	1.767.901,50	4.840.841,55
Vorjahr	13.200.496,10	11.222.465,81	162.707,29	1.815.322,99	2.216.023,92

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern wurden nur zum Teil näherungsweise ermittelt. Beitragsrückzahlungen werden erst erfolgen nachdem eine endgültige Bearbeitung und Erfassung zum Teil noch fehlender Sollstellung erfolgt ist.

Das Bankdarlehen ist mit einer Grundschuld auf der erworbenen Immobilie Ernststraße besichert.

Das unter sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesene Darlehen ist mit einer Grundschuld auf der erworbenen Immobilie Katharinenstraße gesichert.

8. Verdiente/ gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2001 wie auch in den Folgejahren werden ebenfalls Beiträge des Berichtsjahres wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfungen der Veranlagung 1999 und 2000 sowie eventuelle Beitragsrückzahlungen zu erfassen sein.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb/für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 60,03 : 39,97 (Vj. 55 : 45) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der in der Vermögensverwaltung beschäftigten Mitarbeiter im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

10. Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 S. 3 HGB

Wegen der Bewertung einzelner Immobilien des „Borsighausareals“ anhand einer Ertragswertberechnung waren Abschreibungen in der ausgewiesenen Höhe auf den zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen.

Berlin, im September 2002

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Dr. Christian Bolstoff
(Präsident)

gez. Albert Essink
(Vorsitzender
Verwaltungsausschuss)

gez. Dr. Peter E. Gutsche
(Verwaltungsausschuss-Mitglied
für Finanzangelegenheiten)



L a g e b e r i c h t

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluß 2001

Inhaltsverzeichnis

- 1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 2. Der Vorstand**
- 3. Der Verwaltungsausschuss**
- 4. Personalbestand**
- 5. Mitgliederbewegung**
- 6. Vermögensanlagen**
- 7. Das Jahr 2001 im Überblick, die mittelfristigen Maßnahmen, der Ausblick**
- 8. Ausblick**

1. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz zuletzt geändert am 05. Oktober 1999 und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.12.1989 die Neufassung der Satzung vom 13.11.1989, zuletzt geändert zum 01.01.2002.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen.

Die Satzung des Versorgungswerkes Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Die Prüfung des versicherungsmathematischen Gutachtens erfolgt im Wege der Amtshilfe durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

2. Der Vorstand

Dem Vorstand der Zahnärztekammer Berlin gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender: Präsident Dr. Christian Bolstorff
 Vizepräsident Dr. Jürgen Gromball

als Beisitzer: Dr. Lewon Tunjan
 Dr. Arndt Gerstenberger
 Dr. Lore Gewehr
 Dr. Peter-Michael Troester
 Dr. Herbert Rukat

Der Vorstand der Zahnärztekammer Berlin nimmt gemäß § 4 der Satzung die Funktion des Aufsichtsorgans wahr. Er ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes.

Des weiteren bestellt der Vorstand im Einvernehmen mit der Delegiertenversammlung und dem Verwaltungsausschuss den mathematischen Sachverständigen und den Finanzsachverständigen.

3. Der Verwaltungsausschuss

Dem Verwaltungsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

als Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
als stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Janowski, Berlin
als Beisitzer:	Dr. Peter E. Gutsche, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Dirk Weißlau, Brandenburg

Dem Verwaltungsausschuss sind die vom Vorstand bestellten Sachverständigen beigeordnet:

als Finanzsachverständiger	Bankdirektor a.D. Ulrich Dassel, Berlin,
als mathematischer Sachverständiger	Dipl.-Mathematiker Hans-Jürgen Knecht, Düsseldorf

Der Verwaltungsausschuß bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

4. Personalbestand:

Seit dem 01.01.2000 steht der Verwaltung des Versorgungswerkes der Direktor, Herr Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann vor.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes zum 31.12.2001 dar:

Abteilung	Mitarbeiter per 31.12.1999	Mitarbeiter per 31.12.2000	Mitarbeiter per 31.12.2001
Sekretariat	1	2	2
EDV/Informatik	1	1	1
Versicherungsmathematik	-	1,5	1
Mitgliederverwaltung	4	3	4
Finanzbuchhaltung	4	3	3
Immobilienverwaltung	7	4,5	4

Die Immobilienverwaltung des VZB wird im Bereich der technischen Immobilienbetreuung teilweise durch ein externes Architekturbüro unterstützt. Zusätzlich werden für die Betreuung der Immobilien Hausmeister überwiegend auf Basis von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen eingesetzt.

Neben den vorgenannten dauerhaften Stellen wurden im Berichtszeitraum noch zusätzliche kaufmännische Kräfte auf Zeit eingestellt. Diese unterstützen die Mitarbeiter bei der Aufbereitung fehlender oder mangelhafter Datenbestände. Der vorhandene Datenbestand wird insgesamt überprüft und Fehler werden anhand von vorbereiteten Prüfbögen erfaßt und ausgewertet. Im Berichtsjahr wurde der Bereich der zeitlich befristet eingestellten Aktenprüfer von vier auf sieben Personen ausgebaut, um eine möglichst kurzfristige Datenbereinigung zu gewährleisten.

Auf der Basis der neu erarbeiteten Organisationsstruktur wurden sämtliche Stellen besetzt, wobei in der mittleren Leitungsebene auch auf Mitarbeiter aus dem Hause zurückgegriffen werden konnte.

5. Mitgliederbewegung

Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2001 wie folgt:

	01.01.2001	Zugang	Abgang	31.12.2001
Zahnärzte Berlin	3458	145	93	3510
Zahnärzte Bremen	463	26	29	460
ZÄ Brandenburg	1365	26	18	1373
Tierärzte Berlin	359	0	7	352
Ausgeschieden mit Anwartschaft	154	27	15	166
AKTIVE Mitglieder gesamt	5799	224	162	5861
Altersrenten	317	30	9	338
BU-Renten	98	21	10	109
Witwen/renten	146	9	3	152
Waisenrenten	59	11	8	62
Rentenempfänger gesamt	620	71	30	661
Gesamt	6419	295	192	6522

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 62, die Zahl der Rentner um 41 gestiegen.

Den 57 Mitgliedszugängen mit Beitragsüberleitung aus einem anderen Versorgungswerk standen 69 Mitgliedsabgänge mit Beitragsüberleitung in ein anderes Bundesland gegenüber.

Mit Einführung der neuen Software in der Mitgliederverwaltung wurde erstmals der Gesamtbestand der Mitglieder in einem System erfasst. Hiermit verbunden ist die Prüfung der Daten der Mitglieder auf Konsistenz in Bezug auf die Unterlagen in den Mitgliedsakten.

Bis zur Erstellung des Lageberichtes im Juni 2002 waren rd. 3000 Mitgliedsakten geprüft. Die weitere Aktenprüfung wird voraussichtlich noch bis einschließlich 2003 andauern und zu einem langfristig sicheren Datenbestand führen.

6. Vermögensanlagen

Wie bereits im letzten Jahr kurz berichtet, trifft die Lage am Aktienmarkt auch die Vermögensanlagen des Versorgungswerkes. Da der rasante Verfall des Aktienmarktes für kaum jemanden in diesem Umfang vorhersehbar war, konnten Abschreibungen nicht vermieden werden. Trotz und auch wegen der in Kauf genommenen Abschreibungen in diesem Bereich, wurde entschieden, die Fondsinvestitionen im Aktienbereich nicht mit definitivem Verlust zu veräußern sondern im Rahmen der langfristigen Ziele beizubehalten und die Markterholung abzuwarten. Diese Vorgehensweise unterstützt den Ansatz der langfristigen Optimierung und Wertsicherung des Vermögens.

Darüber hinaus wurde seitens des Verwaltungsausschusses für die Bilanz zum 31.12.2001 beschlossen, vom neuen Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB keinen Gebrauch zu machen sondern die Kapitalanlagen weiter nach den strengen Niederstwertprinzip zu bewerten.

Die im Berichtsjahr entstandenen Abschreibungen sind in der Bilanz ausgewiesen und führen zu einer negativen Rendite des Gesamtkapitals.

Im Berichtsjahr wurde zum Jahresultimo ein hoher Kassenbestand zur Auflegung eines neuen Spezialfonds als Rentenmandat gehalten. Aufgrund der aktuellen Zinssituation sowie Zinserwartung wurde dieses bereits vergebene Mandat bis zur Erstellung des Lageberichtes noch nicht dotiert.

Das Vermögen war im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 5,01 % bzw. einer Effektivverzinsung von –4,58 % angelegt.

Der Immobilienbestand

Im Bereich der Bremer Objekte ist im Mai 2001 ein Großbrand in einer Diskothek im Objekt Lilienthal erwähnenswert, bei dem glücklicherweise kein Personenschaden entstanden ist. Hinsichtlich der Brandursache ermittelt die Kriminalpolizei nach wie vor.

Die entstandenen Schäden wurden zwischenzeitlich beseitigt, der Rechtsstreit mit der Versicherung bezüglich der Kostenregulierung dauert noch an.

Im Berichtsjahr wurden folgende Immobilien erworben bzw. veräußert:

Erwerbungen:

Zepenicker Str. 10 in 13125 Berlin-Buch

Bei diesem Objekt handelt es sich um ein 1998 erstelltes Einkaufsgelände mit drei Einzelobjekten, die langfristig an große Filialketten des Einzelhandels vermietet sind.

Kulenkampallee 180-184 / H.-H.-Meier-Allee 72-76 in 28213 Bremen

Es handelt sich um ein gemischtes Objekt mit einem Einkaufsmarkt im Erdgeschoß, einigen kleineren Gewerbeeinheiten und 32 Wohnungen in guter Wohnlage. Das Objekt wurde 1986 erstellt und befindet sich in sehr gutem Gesamtzustand.

Lietzenburger Str. 85 in 10789 Berlin

Der Kauf dieses Objektes wurde 2001 beurkundet mit Fertigstellung und Übergabe an den Nutzer im Januar 2002. Das Objekt wurde vollständig an einen Hotelbetreiber vermietet und wird als Art'otel geführt.

Köpenicker Str. 6 in 12524 Berlin

Bei dem Objekt handelt es sich um ein ca. 175 m² großes unbebautes Grundstück, welches sich unmittelbar an das im Bestand befindliche Objekt in der Köpenicker Str. 6 anschließt. Das erworbene Grundstück wurde bereits seit langem mitgenutzt als Zufahrt zum hinteren Grundstücksteil. Im Rahmen der Einholung einer Baugenehmigung zum Dachausbau (das bisherige Dach war stark sanierungsbedürftig) wurde die Zufahrt nach Ermittlung des Eigentümers (letzter Eintrag war 1936) durch Erwerb gesichert. Die Grundbücher der zwei Flurstücke wurden im Rahmen der Beurkundung zusammengelegt.

Katharinenstr. 8 in 10711 Berlin

Das Objekt wurde zum 01.09.2001 übernommen. Die Katharinenstraße ist eine Seitenstraße des Kurfürstendamms im Bereich Halensee. Das Objekt ist vollgewerblich, wenngleich noch vier Einheiten als Wohnung vermietet sind. Das Gebäude wurde 1912 errichtet und bis 1995 umfassend saniert.

Veräußerungen

Objekt Knesebeckstr. / Goethestr., Berlin

Bei dem seit 1996 im Bestand befindlichen Objekt wurden Substanzschäden festgestellt, die eine vollständige Sanierung als notwendig erschienen ließen. Das fast vollständig vermietete Objekt wurde aus diesem Grunde veräußert, da der Aufwand einer Sanierung insbesondere auch neben der noch laufenden Großbaustelle „Borsighausareal“ vom VZB nicht erbracht werden kann. Der Verkauf führte im Berichtsjahr nicht zu bilanziellen Verlusten, da die Wertberichtigung bereits im Jahresabschluß 1999 erfolgte.

Nach weitgehender Abarbeitung des vorläufigen Investitionsplanes wurde zur Instandhaltung der Immobilien inzwischen ein Investitionsplan zur kurz-, mittel- und langfristigen Planung erarbeitet, welcher ab Herbst 2002 Anwendung finden wird.

7. Das Jahr 2001 im Überblick, die mittelfristigen Maßnahmen:

Im Berichtsjahr wurde die neue EDV-Anwendungen in der Mitgliederverwaltung in Betrieb genommen. Die konsequente Weiterentwicklung der erworbenen Software auf die Belange des VZB wird im Sommer 2002 abgeschlossen werden können. Es entsteht damit eine Software, die langfristig eine effektive Mitgliederbetreuung möglich macht und hinsichtlich der Investitionskosten dennoch weit unter denen für vergleichbare Produkte liegt.

Die Aufarbeitung dieser Datenprobleme einschließlich einer Kontenklärung je Mitglied ist wie bereits zuvor erwähnt, in vollem Gange, wird aber aufgrund des Umfangs noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die Entscheidung für die neue Software in der Immobilienverwaltung wurde im Berichtszeitraum getroffen, der Einsatz ist zum 01.01.2002 mit der EURO-Umstellung erfolgt. Neben der damit zeitlich möglich werdenden vollständigen Neuerfassung der Stammdaten mit gleichzeitiger Bereinigung des Bestandes konnte das bisherige System in DM abgeschlossen und das neue System direkt in Euro gestartet werden.

Das nach wie vor als Testversion eingesetzte Wertpapierverwaltungssystem wurde ab Herbst 2001 laufend eingesetzt und dient zwischenzeitlich als aktuelles Reportsystem für den Bestand an Kapitalanlagen. Im Rahmen des Consultingauftrages wird seit 1. Januar 2001 von der Berlin Asset Management GmbH extern ein monatliches Reporting über die Vermögensanlagen erstellt, welches die Bausteine der Kapitalanlagen feststellt.

Sämtliche EDV-Anwendungen, die im VZB eingesetzt werden, wurden zum 01.01.2002 auf den Euro umgestellt. Die Umstellung lief unter Beteiligung der betreuenden Softwarefirmen sowie entsprechendem Einsatz der Mitarbeiter des Hauses reibungslos.

Der von der Delegiertenversammlung gewählte Satzungsausschuß, dem neben den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses Herr Winnetou Kampmann, Mitglied der Delegiertenversammlung der ZÄK Berlin angehört, arbeitete im Berichtszeitraum weiter an einer völligen Neuentwicklung der Satzung des Versorgungswerkes. Die Delegiertenversammlung hat in ihrer Sitzung am 20.06.2002 dem Satzungsausschuß den Auftrag erteilt, sich beim Gesetzgeber nachhaltig für die Gründung einer eigenen Körperschaft „Versorgungswerk“ einzusetzen und das jetzige Versorgungswerk in diese neue Körperschaft zu überführen.

Einer der wesentlichen Gründe für diesen Beschluß liegt in der mangelnden Mitwirkungsmöglichkeit der Mitglieder aus Brandenburg und Bremen in den Organen des Versorgungswerkes. Die in diesem Zusammenhang beim Bundesverfassungsgericht anhängige Beschwerde ist zwi-

schenzeitlich zurückgewiesen worden. Dennoch ergibt sich aus dem Begründungstext der o.a. Handlungsbedarf.

Wie von der Delegiertenversammlung beschlossen, wurde der Überschuß der Jahre 1999 bis 2001 in ein neues versicherungsmathematisches Gutachten eingearbeitet. Die dem Versicherungsmathematiker aufgrund der Arbeit der letzten drei Jahre mittlerweile übermittelten Daten sind als zuverlässig einzustufen.

Die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin hat aufgrund der Ergebnisse des Jahresabschlusses in Verbindung mit dem versicherungsmathematischen Gutachten am 20.06.2002 eine Satzungsänderung beschlossen, die zum 01.01.2003 in Kraft treten wird und die mittels Senkung der Anwartschaften um 16 % mit entsprechenden Übergangsregelungen das Vermögen des Versorgungswerkes in Einklang mit dem Deckungsstock bringt. Laufende Renten werden nicht gekürzt, bei diesen wird die Dynamik für drei Jahre voll und anschließend zu 50 % ausgesetzt, bis der voll gekürzte und anschließend voll dynamisierte Betrag den laufenden Zahlbetrag übersteigt.

Das im Frühjahr 1999 vom Vorstand der ZÄK Berlin angestoßene Ermittlungsverfahren ist bei der Kriminalpolizei inzwischen abgeschlossen. Die ermittelten Unterlagen wurden der Staatsanwaltschaft übergeben und werden dort geprüft.

Die vorstehenden Ausführungen machen deutlich, daß das Versorgungswerk die in den Vorjahren erkannten Probleme konsequent angegangen ist, Lösungen erarbeitet und diese konsequent umsetzt.

8. Ausblick

Die Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 20.06.2002 führen dazu, daß die Probleme aus der Längerlebigkeit der Mitglieder durch Anwendung der neuen Sterbetafeln beseitigt werden. Die Bilanz zum 31.12.2001 weist eine Deckungslücke aus, die nach der Anwartschaftsenkung beseitigt sein wird. Darüber hinaus wurden rund 20 Mio. Euro als Reserve für Schwankungen am Kapitalmarkt in die Bilanz eingestellt.

Auch für das Kalenderjahr 2002 besteht aufgrund der nachhaltig schlechten Entwicklung an den Kapitalmärkten das Risiko der Verfehlung des Rechnungszinses.

Berlin, 12.07.2002



Dr. Christian Bolstorff
Präsident



Albert Essink
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses